



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

99. Sitzung (öffentlich)

18. April 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkt:

**Wirtschaft in der Ausbildung unterstützen statt immer mehr belasten –
Keine Ausbildungsabgabe und keine Quote für abgeschlossene
Lehrverträge!**

3

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7780

– Öffentliche Anhörung –

(Sachverständige und Stellungnahmen siehe Anlage.)

* * *

Vorsitzender Günter Garbrecht: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie ganz herzlich zur 99. Sitzung unseres Ausschusses – die nächste ist zwangsläufig die 100. –, zur dritten Sitzung am heutigen Tag. Der einzige Tagesordnungspunkt lautet:

**Wirtschaft in der Ausbildung unterstützen statt immer mehr belasten –
Keine Ausbildungsabgabe und keine Quote für abgeschlossene Lehrverträge!**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7780

– Öffentliche Anhörung –

(Sachverständige und Stellungnahmen siehe Anlage.)

Dieser Antrag wurde – es ist schon ein wenig her, wir haben das einjährige Jubiläum hinter uns gebracht – am 29. Januar 2015 in der 78. Plenarsitzung des nordrhein-westfälischen Landtags beraten, an den AGS-Ausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk und den Ausschuss für Schule und Weiterbildung zur Mitberatung überwiesen. Die abschließende Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung stattfinden.

Wir hatten uns darauf verständigt, eine Anhörung durchzuführen. An dieser Anhörung heute ist der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nachrichtlich beteiligt.

Ich begrüße die Experten – wir haben einen kleinen Kreis vereinbart – ganz herzlich, insbesondere diejenigen, die bereits eine schriftliche Stellungnahme abgegeben haben. Ich habe gerade gehört, dass auch der Handwerkskammertag dem Landtag eine schriftliche Stellungnahme zugeleitet hat, die aber offensichtlich irgendwo hängen geblieben ist. Das kann schon mal passieren, Herr Oehme. Wir werden sie sicherlich noch finden, notfalls müssten Sie sie noch einmal übersenden.

Sie waren alle schon mal bei einer Anhörung dieses Ausschusses und kennen daher das Verfahren: dass wir direkt mit Fragen der Damen und Herren Abgeordneten an Sie beginnen werden. Traditionsgemäß hat die antragstellende Fraktion als Erste das Wort.

Ulrich Alda (FDP): Auch von unserer Seite der Dank an die Sachverständigen für ihre Statements! – Herr Oehme, vielleicht können Sie in Ihrem Büro anrufen, dass die Stellungnahme noch einmal geschickt wird; sie würde uns nämlich wirklich interessieren.

Dann fange ich gleich mit den Fragen an; sie gehen an Frau Tiemann, Herrn Oehme und Herrn Dr. Janßen. Wie bewerten Sie die aktuelle Entwicklung des Ausbildungsmarktes in NRW hinsichtlich des Angebotes an Ausbildungsplätzen und deren Besetzung? Was sind aus Ihrer Sicht die wesentlichen Ansatzpunkte, um weitere Verbesserungen zu erreichen? Wie würden Sie die Auswirkungen einer Ausbildungsplatzabgabe auf den Ausbildungsmarkt einschätzen, zum Beispiel hinsichtlich der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen?

Marion Warden (SPD): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Auch im Namen der SPD-Fraktion herzlichen Dank, dass Sie heute gekommen sind und uns auch einige Stellungnahmen vorgelegt haben.

Zunächst an die, von denen uns leider – noch – keine Stellungnahme vorliegt, die Frage, wie Sie das Projekt der Landesregierung „Kein Abschluss ohne Anschluss“ bewerten. Einige hatten sich ja schon positiv geäußert.

Dann würde uns interessieren, welche Schritte Ihrer Meinung nach unternommen werden können, um die Attraktivität der dualen Ausbildung insbesondere im Vergleich zum Studium zu stärken.

Speziell an die IHK: Sie haben vor wenigen Wochen gemeinsam mit dem MAIS die Kampagne gestartet, um die Attraktivität der dualen Ausbildung hervorzuheben. Haben Sie dazu vielleicht schon erste Erfahrungen oder Rückmeldungen aus Betrieben bekommen?

Martina Maaßen (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Sachverständige, danke dass Sie gekommen sind und danke auch für die Stellungnahmen.

Ich oute mich mal direkt als Befürworterin der Ausbildungsumlage und würde gerne von Ihnen erfahren wollen – wir haben das ja in der Altenpflege und teilweise auch im Baugewerbe umgesetzt, da gibt es die Ausbildungsumlage –: Warum sollten wir nicht wagen, dieses Instrument generell einzusetzen? Wie bewerten Sie die Erfolge im Pflegebereich? Dort gibt es aus meiner Sicht auch regionale Unterschiede. Es wird in Ihren Stellungnahmen ausgeführt, dass das eine Schwierigkeit sei. Wie bewerten Sie das in diesem Kontext?

Es wurde auch aufgezeigt, dass die Schülerinnen und Schüler von den Schulen nicht genügend vorbereitet worden sind, in den Hauptfächern teilweise geringere Qualifikationen, Kenntnisse mitbringen als vor 25 Jahren – wie es in einer Stellungnahme hieß. Ich möchte Sie ganz gerne fragen, warum sich Betriebe aus einer solidarischen Verantwortung für unsere Gesellschaft nicht dazu bewegen können oder bewegen lassen, eine gewisse soziale Verantwortung zu sehen, die Fachkenntnisse gemeinsam mit ausbildungsbegleitenden Maßnahmen oder auch mit Maßnahmen in den Betrieben zu begleiten, auch im Bereich der Schlüsselqualifikationen?

Ich war vor 14 Tagen bei der IHK Mittlerer Niederrhein, habe dort mit weiteren Landtagsabgeordneten ein Gespräch mit dem Präsidium führen dürfen. Präsident Schmidt hat eindeutig dargelegt, dass er bei 300 Auszubildenden teilweise sogar bereit war,

die aus dem Bett zu holen und denen auch noch ein Brötchen zu kaufen, damit sie die Ausbildung schaffen. Das Engagement hat mich sehr beeindruckt. Nicht, dass jetzt jeder Arbeitgeber vor der Tür stehen und klingeln sollte! Aber in Bezug auf die soziale Verantwortung, auf den Fachkräftemangel und auch darauf, junge Menschen an den Arbeitsmarkt heranzuführen, frage ich, warum nicht mehr Engagement in dem Bereich möglich sein kann.

Peter Preuß (CDU): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zunächst mal vielen Dank auch von unserer Seite für die Stellungnahmen.

Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Janßen. Es geht um die Auswirkungen, die eine Ausbildungsplatzabgabe haben würde. In der Stellungnahme ist ausgeführt, dass das Ausbildungsplatzangebot sinken würde. Mich würde interessieren, welche greifbaren Anhaltspunkte dafür bestehen, wenn eine Ausbildungsplatzabgabe eingeführt würde.

An Frau Tiemann hätte ich die Frage, welche Handlungspläne die IHK in NRW zurzeit aktiv umsetzt, wie die zu bewerten sind und welche bildungspolitischen Ansätze aus Ihrer Sicht wünschenswert wären.

Daniel Düngel (PIRATEN): Auch im Namen der Piratenfraktion herzlichen Dank für Ihre Stellungnahmen bzw. die Bereitschaft, hier auf unsere Fragen zu antworten!

Ich habe in der ersten Runde eigentlich nur eine Frage, die dafür an drei Sachverständige: an Frau Tiemann, Herrn Oehme und Herrn Dr. Janßen. In der Stellungnahme der IHK wird beklagt, dass zu viele junge Menschen eher versuchen zu studieren, als eine Ausbildung zu beginnen. Wäre es dann nicht an den Arbeitgebern, jungen Leuten aufzuzeigen, dass man mit einem Handwerk bzw. in Unternehmen schneller und zuverlässiger Geld verdienen kann?

Vorsitzender Günter Garbrecht: Auch um etwaige Benachteiligungen auszugleichen, erhalten in der nun folgenden Antwortrunde alle Sachverständigen das Wort.

Dr. Peter Janßen (unternehmer nrw): Herr Alda, Ihre erste Frage war, wie wir die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in Nordrhein-Westfalen bewerten. – Ich glaube, es ist ganz interessant und ganz bemerkenswert, dass sich das in den letzten zwei Jahren insgesamt insbesondere angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung positiv entwickelt hat. Besser geht immer. Aber wenn wir uns die Ausbildungsquote in Nordrhein-Westfalen und die Ausbildungsbetriebsquote in Nordrhein-Westfalen angucken, dann sehen wir, dass sie im Bundesvergleich überdurchschnittlich sind, und das in einer Situation, in der die wirtschaftliche Entwicklung, die Wachstumszahlen – vorsichtig formuliert – unterdurchschnittlich sind. Damit können wir, glaube ich, erst einmal ganz zufrieden sein.

Wir sehen auch, dass sich die Bemühungen, die wir alle im Ausbildungskonsens gemeinsam mit der Landesregierung entwickeln und in den Regionen umsetzen, Früchte tragen. Wir haben bei den gemeldeten betrieblichen Ausbildungsplätzen im vergange-

nen Jahr einen deutlichen Zuwachs gehabt. Wir haben auch in diesem Jahr – im Moment jedenfalls – einen deutlichen Zuwachs, und das bei einer zurückgehenden Bewerberzahl, was noch nicht zu einem rechnerischen Ausgleich führt, sondern paradoxerweise zu einem Rekordhoch an unbesetzten Ausbildungsplätzen. Da sehen wir auch schon, wo die Schwierigkeiten liegen, mit denen wir es zu tun haben, und auch, wie komplex diese sind. – Ich will es dabei belassen; die Kollegen werden vielleicht noch Genaueres zu den Vertragszahlen sagen.

Ihre zweite Frage war: Wie können wir die Situation verbessern? – Ich glaube, dass wir die Bemühungen, die wir da gemeinsam entwickeln und umsetzen – auch in den Regionen, nicht nur auf Landesebene –, fortsetzen müssen, dass wir mit dem neuen Übergangssystem, der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“, auf einem sehr guten Weg sind, dass wir da tatsächlich am Ball bleiben müssen, damit wir für 2018/2019 das Ganze flächendeckend umgesetzt haben – bei allen Schwierigkeiten, die es natürlich gibt, wenn man ein solch ambitioniertes Projekt in einem Flächenland wie Nordrhein-Westfalen umsetzen will und auch alle Akteure in den Regionen mitnehmen muss. Das ist nicht so ganz einfach. Aber wir versprechen uns schon auch noch deutlich positivere Effekte, was das Matching am Ausbildungsmarkt angeht, wenn das Thema „Berufsorientierung“ konsequent gelebt wird.

Auswirkungen einer Ausbildungsplatzabgabe haben wir in unserer Stellungnahme erwähnt. Wir befürchten tatsächlich, dass eine Ausbildungsplatzabgabe sich kontraproduktiv auswirken kann. Sie kann dazu führen, dass Betriebe, die grundsätzlich ausbildungsbereit sind oder ausbildungsbereit wären oder sich vielleicht überreden ließen, noch etwas zu tun, obwohl sie in diesem Jahr keinen Bedarf haben, sich zurücklehnen und sagen: Na ja, ich zahle die Abgabe, dann habe ich meiner Pflicht Genüge getan. – Ich würde solche Effekte nicht gering schätzen. Ich glaube, das sollte man schon sehr ernst nehmen.

Ein mindestens so wichtiger Punkt, vielleicht sogar noch wichtiger, ist: Eine Ausbildungsabgabe schafft auf jeden Fall zusätzliche Belastungen für alle Betriebe, auch für die, die einen Ausbildungsplatz anbieten, keinen passenden Bewerber finden.

Sie löst keines der Probleme, über die wir am Ausbildungsmarkt sprechen.

Wenn die Mittel, die mit einer Ausbildungsabgabe eingenommen werden, dann auch für Ausbildung eingesetzt werden, ist die Frage: Wer macht das? – Da entsteht neue Bürokratie, das geht ja gar nicht anders.

Und eine Gefahr, die wir für sehr groß halten, ist, dass wir damit am Markt vorbei ausbilden. Bedarfsgerechte Ausbildung – das ist ja eine Stärke des dualen Ausbildungssystems – ist sehr eng damit verknüpft, dass Arbeitgeber, dass Betriebe für den Bedarf ausbilden, den sie tatsächlich am Markt sehen, und dass wir dann auch an der zweiten Schwelle, nach der Ausbildung, keine größeren Friktionen haben. Wir befürchten sehr stark, dass das mit einer Ausbildungsabgabe ein sehr großes Problem werden könnte, das wir zurzeit glücklicherweise nicht haben.

Andreas Oehme (Handwerkskammertag NRW): Zur Frage, wie wir den Ausbildungsmarkt bewerten: Die Konjunktur ist gut im Handwerk in NRW. Wir sehen, dass

viele Betriebe Schwierigkeiten haben, ihre Stellen zu besetzen, vor allen Dingen in technisch anspruchsvollen Berufen: im Elektrobereich, im Sanitärbereich. Wir sehen zunehmend eine Schere zwischen denen, die sich bewerben, gerade auf gewerblich-technische Ausbildungsberufe, und den Betrieben, die die Stellen anbieten. Seit zwei Jahren hatten wir jeweils am Jahresende die Situation, dass selbst in den beliebtesten Berufen – Tischler, Augenoptiker usw. – einzelne Stellen frei geblieben sind. Das hatten wir vorher nie. Das zeigt, dass sich der Markt wandelt. Wir haben nicht – wie Bundesländer in Ostdeutschland oder Süddeutschland – mehr Stellen als Bewerber. Vielmehr ist gerade der gewerblich-technische Bereich relativ wenig beliebt bei den jungen Leuten. Das hat sicherlich viel damit zu tun, was man sich unter Berufen vorstellt, was man sich unter Ausbildung vorstellt, sicherlich auch damit, was man sich unter Studium vorstellt.

Es gibt ein paar Signale, die uns hoffnungsfroh stimmen, zum Beispiel dass zunehmend Bachelorabsolventen eine duale Ausbildung aufnehmen. Ich halte das zwar für eine Katastrophe angesichts dessen, was wir an Geld in die Hochschulen stecken. Aber wenn einer mit dem Bachelor nicht viel anfangen kann und sich beraten lässt, was eine duale Ausbildung an Aufstiegsmöglichkeiten, an Verdienst mit sich bringt, dann wählt er diesen Weg vielleicht. Wir merken im Moment: Es gibt diese Tendenz. Das sind keine Massen. Aber wir hören zunehmend von Hochschulen: Wir haben Leute, die gerade keinen Masterstudienplatz bekommen, die nicht so genau wissen, was sie beruflich überhaupt machen wollen, die wählen diesen Weg. – Wenn sich das herumspricht: Vielleicht ist das ja auch ein Ansatzpunkt für Verbesserung.

Gerade gab es eine Umfrage des BIBB unter 12.000 Studierenden in Deutschland, die gar nicht so schlecht ausfällt. Da ging es auch um die Einschätzung des Images dessen, was man über duale Ausbildung erreichen kann. Da kann man sicherlich an manchen Stellen noch ansetzen.

Der Frust bei Betrieben, die nicht mehr ausbilden, hängt viel mit den Jugendlichen zusammen, die sich bei ihnen bewerben, oder daran, dass sich gar keiner mehr bewirbt. Jetzt muss man sagen: Man kommt aus einer Situation, wo die Betriebe nicht viel tun mussten – gerade Kleinbetriebe –, wo Personalentwicklung nicht im Mittelpunkt steht. Die sagen: Wir hatten immer Bewerbungen, jetzt haben wir keine mehr. Es gibt keine Jugendlichen, denn wir haben ja keine Bewerber mehr. – Da müssen Betriebe sicherlich umdenken und sagen: Wir müssen mehr tun, um an junge Leute heranzukommen. – Denn alle wollen die jungen Leute haben. Die staatlichen Institutionen sind natürlich sehr im Vorteil: Da geht die eine staatliche Institution in die andere, nämlich in die abgebende Schule, und wirbt um die Schülerinnen und Schüler – und der Kleinbetrieb ist ziemlich weit weg davon. Das heißt, es ist sicherlich auch Aufgabe unserer Organisation, zu unterstützen, dass die Kleinbetriebe an junge Menschen herankommen.

Das passt ganz gut zu der Frage: Wie beurteilen Sie das Reformvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“? – Es gab ja jetzt das erste Monitoring, nachdem man im Jahr 2012 angefangen hatte. Ich habe auch geschrieben, dass ich die Zahlen ganz positiv finde, dass man auf einem guten Weg ist. Gleichwohl werden wir immer gefragt: Was bringt das denn? – Das kann man jetzt natürlich nicht sagen. Da wir erst in diesem

Jahr mit allen Schülerinnen und Schülern anfangen, werden flächendeckend erst im Jahr 2019 alle Absolventen der Sekundarstufe I eine Anschlussvereinbarung gemacht haben und dokumentiert haben, was ihre nächsten Schritte sind. Und die Absolventen der Sekundarstufe II, von denen wir natürlich auch sehr viele haben, werden erst zwei oder drei Jahre später, also 2021 oder 2022, den Prozess durchlaufen haben.

Das heißt, wir sind auf einem guten Weg. Aber ich habe immer gesagt: Wir brauchen viel Geduld. So ein System muss wachsen. Dann erst können wir beurteilen, ob sich etwas verändert, ob es bei den Betrieben ankommt, ob Jugendliche sich in drei völlig verschiedenen Berufen, die so gar nichts miteinander zu tun haben, bewerben, oder ob das Ganze passt.

Zu den Auswirkungen der Abgabe hat Herr Janßen schon viel gesagt. Ich glaube, an den Schwierigkeiten, die unsere Handwerksbetriebe in den unterschiedlichen Branchen haben, wird die Abgabe nichts ändern. Denn das hat weniger mit Geldsummen zu tun, die zur Verfügung stehen, als damit, passende junge Leute für eine Ausbildung zu finden. Insofern sehe ich Schwierigkeiten, dass sich die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze tatsächlich erhöht. Aber das ist ja das, was wir wollen. Das schaffen wir über erfolgreiche Ausbildung, über positive Erlebnisse aufseiten der Ausbildungsbetriebe und der Auszubildenden. Ich glaube, daran müssen wir weiter arbeiten.

Frau Maaßen hat bezogen auf die Umlage im Baugewerbe gefragt: Sollen wir nicht wagen, das mal in größerem Stile auszuprobieren? – Die Umlage der Bauwirtschaft gibt es schon lange, im Bereich Ausbildung, auch im Bereich Weiterbildung. Das ist branchenmäßig, glaube ich, sehr interessant. Allerdings – wenn wir übergeordnet schauen – entkoppelt die Umlage nicht – was alle immer wollen – die Ausbildungsleistung von der konjunkturellen Entwicklung, sondern die Ausbildung in der Stufenausbildung Bau schwankt genau mit der Konjunktur mit. Das heißt, die Idee, das zu entkoppeln, wird in der Bauwirtschaft auch nicht umgesetzt. – Bei dem Thema „Pflege“ kenne ich mich nicht so gut aus. Aber ich kann sagen: Da ist ja gerade keine Konjunkturdelle, sondern ein Riesenbedarf. Und wenn ich da, wo ein Riesenbedarf ist, finanziere, steigen die Zahlen. – Das sind zwei unterschiedliche Dinge. Die sollte man sich bezogen auf das Instrument näher anschauen.

Zu der Frage nach sozialer Verantwortung von Betrieben – man kann auch von gesellschaftlicher Verantwortung sprechen –: Ich glaube, da sollten wir nicht nur die eigentliche duale Ausbildung anschauen. Wir haben eine Übersicht gemacht: Ich glaube, es gibt 17 oder 18 verschiedene Praktika-Arten. Denn es kommen ja alle Akteure: die Hochschulen, die berufsbildenden Schulen. Alle sagen: Für unsere Teilnehmer, für unsere Lernenden möchten wir Praktika in den Betrieben. – Und die werden angeboten. Die einen bieten Praktika für drei Zielgruppen an, andere für sieben Zielgruppen, wieder andere für Zielgruppen im Rehabereich. Wenn ich fokussiere, wer duale Ausbildung macht, dann, meine ich, sind die Qualifizierungsleistungen von Betrieben ein bisschen verengt.

Als Letztes zu der Frage: Müssen Betriebe nicht viel stärker zum Ausdruck bringen, dass man schneller Geld verdient? – Ich glaube, das erlebt man sofort, wenn man ein Betriebspraktikum macht. Wir haben eine gesellschaftspolitische Diskussion, in die wir

das stärker hineinragen müssen. Ich glaube, auf betrieblicher Ebene sind die Grenzen sehr eng, an der Meinungsbildung etwas zu verändern.

Wir sehen das allerdings auch bei Unternehmern selbst: ob sie sich in ihrem Familienleben als Vorbild darstellen. Die eigenen Kinder sagen: „Unternehmer/Unternehmerin will ich aber nicht werden“, wenn die Eltern permanent klagen, wie schwierig und anstrengend das ganze Unternehmertum doch ist. Denn jeder wählt seinen Beruf so, dass er zufrieden wird. Ich glaube, die Schwierigkeit liegt auf einer anderen Ebene. Wir müssen gucken, wie wir das gemeinsam in den Griff kriegen. Da müssen wir etwas ändern.

Sophia Tiemann (IHK NRW): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich freue mich, dass ich heute Stellung beziehen kann zu diesem wichtigen Thema, das uns ja gemeinsam vor allem im Ausbildungskonsens NRW mindestens seit anderthalb Jahren sehr, sehr intensiv beschäftigt. Wir haben sehr, sehr intensiv diskutiert. Wir haben in unserer Stellungnahme auch dargelegt, dass wir uns darüber freuen, dass wir eigentlich zum Glück über diesen Punkt hinaus sind, darüber zu diskutieren, dass wir da gemeinsam schon einen Schritt weiter gekommen sind. Nichtsdestotrotz ist es etwas, worauf wir den Blick immer richten müssen.

Eben kam die Frage zu konkreten Zahlen auf. Am Ende des vergangenen Ausbildungsjahres – 2015 – hatten wir im Bereich der IHK 70.370 Ausbildungsstellen. Das war für uns insofern erfreulich, weil das eigentlich plus/minus null war; wir hatten bei den Ausbildungsstellen einen Rückgang von lediglich 0,7 %. Das betone ich deshalb, weil man sich in der Gesamtdiskussion auch immer wieder die Zahlen vor Augen halten muss, über die man redet – in der öffentlichen Debatte war nämlich vielfach die Rede von riesigen Rückgängen.

Wir haben sehr früh dafür plädiert: Wenn wir über dieses Thema reden, müssen wir natürlich ein bisschen differenzierter hinschauen. Wir müssen in die Regionen schauen. Wir müssen schauen, was vor Ort passiert, über welche Branchen wir reden, über welche Zielgruppen wir reden, wenn es Probleme vor Ort gibt, zum Beispiel in Bezug auf unversorgte Jugendliche, aber insbesondere auch – und das ist unser Thema – in Bezug auf unbesetzte Ausbildungsstellen. Das beschäftigt uns ja auch schon länger. Wir hatten 2.300 zusätzlich gemeldete Ausbildungsstellen und Ende des Ausbildungsjahres 6.028 unbesetzte Ausbildungsstellen.

Ich glaube, jeder kann sich vorstellen, was das bedeutet. Auf der einen Seite haben wir mit Unternehmen verhandelt und gesagt: „Da ist ein Bedarf, macht was, engagiert euch mehr“ – immer mit dem Damoklesschwert der Ausbildungsabgabe im Rücken; denn die Unternehmen haben die politische Diskussion ja durchaus wahrgenommen –, auf der anderen Seite hatten wir das Problem, dass mehr Plätze gemeldet, aktiviert wurden, aber unbesetzt geblieben sind.

Unbesetzt geblieben sind übrigens wieder – auch das zeigt die Analyse in den Regionen – die üblichen Plätze, nämlich solche in Unternehmen, die schon vorher Probleme hatten, Stellen zu besetzen, in Branchen, die in den Augen der Jugendlichen vermeintlich nicht ganz so attraktiv sind.

Da müssen wir ran. Die Frage stand ja gerade auch im Raum: was aus unserer Sicht gute Ansätze sind, das anzugehen. Ich glaube, wir sind im Ausbildungskonsens NRW einen ganz guten Weg gegangen. Wir haben gesagt: Wir analysieren die Ausgangslage in den Regionen. Wir haben als IHK, weil wir nun mal die Rolle der Koordinierungsstelle der regionalen Ausbildungskonsensrunden haben, in unseren 16 Kammerbezirken die Moderation der Prozesse übernommen, haben mit allen Partnern aus Wirtschaft, Gewerkschaften, Kommunen gemeinsam darüber diskutiert: Wo drückt der Schuh ganz konkret? Wo gibt es Branchen und warum gibt es Branchen, die unbesetzte Ausbildungsstellen haben? Aber auch: Wo gibt es Jugendliche, die keinen Platz gefunden haben? – Wir haben das auf Landesebene gemeinsam immer wieder bewertet und auch diskutiert und sind aus unserer Sicht zu dem guten Ergebnis gekommen: Wir gehen diesen Weg weiter.

Eben kam auch die Frage auf, in welchen Regionen, welchen Kammerbezirken oder IHK diese Pläne umgesetzt werden. Sie werden in allen 16 Kammerbezirken umgesetzt. Alle Partner arbeiten zielgerichtet an der Umsetzung von Handlungsplänen.

Dazu hat man sich verschiedene Arbeitsfelder angeschaut: von der Akquise von Ausbildungsberufen über das Matching, den Vermittlungsprozess, was vor Ort stärker getan werden muss, bis hin zu der Frage – in den neuen Ausbildungsplänen –, was wir gezielt für Zielgruppen wie Flüchtlinge machen können.

Wir besprechen das im Ausbildungskonsens NRW regelmäßig. Wir haben analysiert, wir haben diskutiert. Wir sind natürlich noch lange nicht am Ende. Es ist uns nicht gelungen, jedem Jugendlichen in NRW eine Stelle zu geben. Genauso wenig ist es uns gelungen, jeden Ausbildungsbetrieb mit einem passenden Auszubildenden zu versorgen. Das ist die Diskussion, an der wir dranbleiben.

Wir haben die Ausbildungsplatzabgabe mal als Bürokratiemonster bezeichnet. Sie schafft lediglich Bürokratie, bestraft gerade die Unternehmen, die eigentlich motiviert sind, vor allem kleine Unternehmen. Wir haben die Sorge – das hat auch mein Vorredner schon dargelegt –, dass gerade die Unternehmen, die vielleicht nicht ganz so motiviert sind und sagen: „Es macht mir mehr Mühe, als dass es mir was bringt“, dadurch eine kleine Hintertür haben und sagen: Wir kaufen uns frei. – Das hoffen wir nicht. Daher können wir die Abgabe nicht unterstützen. Wir sind deswegen auch sehr froh, dass man sich davon offiziell eigentlich auch schon distanziert hat, dass wir die Diskussion in Zukunft hoffentlich nicht immer wieder aufs Neue führen müssen, sondern dass wir da hoffentlich etwas weiter sind.

Was haben wir gezielt gemacht? – Wir sehen sehr wohl nach wie vor das Problem. Analysen zeigen ja momentan lediglich auf, wo es noch nicht so gut funktioniert. Was wir immer wieder sehen – das ist kein neues Problem, es verstetigt sich aber –, ist die mangelnde Attraktivität der dualen Ausbildung. Es ist immer leicht gesagt: Es mangelt an Attraktivität. – Die bisherigen Prozesse – auch das Landesvorhaben „Kein Abschluss ohne Anschluss“ – zeigen ganz gut, wie Jugendliche ihren späteren Beruf auswählen. An den Praktika der Berufsfelderkundung in Klasse 8 sieht man immer wieder, dass die Jugendlichen – das kann man denen auch nicht verübeln – aus einer sehr, sehr

kleinen Palette an sehr bekannten Ausbildungsberufen auswählen. Wir arbeiten momentan daran, die Bandbreite aufzuzeigen: Was gibt es eigentlich an Ausbildungsberufen? Was gibt es an spannenden Ausbildungsberufen?

Gerade kam die Frage auf, wie die bezahlt werden. – Herr Oehme hat es eben schon gesagt: Wir hoffen, dass die Jugendlichen spätestens in den Unternehmen weitere Informationen erhalten.

Ein weiterer Schritt, den wir als wichtig ansehen – das hatte ich in unserer Stellungnahme auch dargelegt –, ist die Imagekampagne. Wir bemühen uns, mit einem weiteren Baustein – wir wissen, es kann nur ein Baustein sein – aufzuzeigen: Die duale Ausbildung ist attraktiv. – Wir hoffen, da an die Eltern und die Jugendlichen heranzukommen; die Eltern sind natürlich eine der Kernzielgruppen, wenn es darum geht, das ganze Thema in die Köpfe der Jugendlichen zu bringen.

Zu der Frage, ob wir schon Erkenntnisse haben, was das bringt: Vor Ort laufen vereinzelt natürlich schon Aktivitäten, um die Attraktivität der dualen Ausbildung aufzuzeigen. Wir wollen jetzt gemeinsam auch mit dem Land eine größere Kampagne landesweit auflegen. Das haben wir erst letzte Woche gestartet. Momentan laufen Großplakatierungsaktionen. Unsere Kammern machen derzeit vor Ort Pressekonferenzen, um das in den Regionen ein bisschen bekannter zu machen. Unser nächster Schritt ist vor allem, gezielt im Social-Media-Bereich zu arbeiten. Das erarbeiten wir nach und nach. Wir hoffen, dass das einen gewissen Effekt hat.

Zu der Frage nach dem Engagement der Unternehmen: Ich finde es sehr schön, ein Beispiel aus den Regionen zu hören, von der IHK Niederrhein. Ich weiß, dass vor Ort unglaublich viel läuft. Sie können auch an den regionalen Handlungsplänen sehen, was an Engagement vor Ort zum Glück partnerschaftlich mit der Wirtschaft und auch im schulischen Bereich bereits läuft, um Jugendliche an die Hand zu nehmen – obwohl wir das An-die-Hand-Nehmen eigentlich nicht wollen; denn wir wollen Jugendliche nicht bevormunden, sondern wir wollen Jugendliche, die im Idealfall selbstständig eine Entscheidung treffen, und zwar für einen Ausbildungsbetrieb. Das sagen auch unsere Unternehmen: Sie wollen Jugendliche, die wissen, wo sie sind – Herr Oehme hat das eben betont –, die nicht überlegen müssen, ob das einer der vier, fünf verschiedenen Ausbildungsberufe ist, die sie in den Blick genommen haben.

Ich habe in der Stellungnahme kritisiert, was Unternehmen schon lange sagen und was vor Ort durch zahlreiche Maßnahmen in Unternehmen kompensiert wird. Gerade größere Unternehmen, die vielleicht auch mehr Möglichkeiten haben, solche Dinge zu kompensieren, machen unglaublich viele eigene Angebote. Wir sagen aber natürlich trotzdem: Es kann nicht Aufgabe der Wirtschaft sein, die Jugendlichen in schulischen Kernfächern weiterzuqualifizieren. Ich glaube, da entzieht man sich keiner solidari-schen Verantwortung. Man muss realistisch darauf blicken, was Unternehmen leisten können.

Zur Anzahl der Studienanfänger und zum Thema „Geld“ noch Folgendes – das bekommen wir auch immer wieder zurückgemeldet –: Wir haben das Projekt „Ausbildungsbotschafter“ in Schulen aufgelegt. Das finde ich insofern ganz spannend, weil das Auszubildende sind, die in die Schulen hineingehen und den Jugendlichen dort

auf Augenhöhe vermitteln wollen, was eine Ausbildung eigentlich ist. Dort werden genau solche Fragen beantwortet: Was verdiene ich? – Aber auch in der Sprache der Jugendlichen – das ist immer ganz schön –: Was war vielleicht die peinlichste Situation im Vorstellungsgespräch? – Das hat eine sehr, sehr gute Resonanz. Denn da kommen nicht unsere Ausbildungsberater in ihren Anzügen und werben vielleicht sehr theoretisch, sondern da kommen Jugendliche, die sehr real erzählen. Das ist ein Ansatz, mit dem wir – neben allen anderen Bausteinen, die wir haben – sehr, sehr gut vermitteln können: Das ist etwas, womit man Geld verdient; aber das ist vor allem etwas, was auch Spaß macht. – Ich glaube, den Spaß muss man auch vermittelt bekommen.

Norbert Wichmann (DGB NRW): Herr Vorsitzender! Sehr verehrte Damen und Herren! Recht herzlichen Dank, dass wir zu dem Antrag und zu den Fragen ebenfalls Stellung nehmen dürfen. Ich bin ganz froh, dass Sie mich angesprochen haben; ich hatte schon die Befürchtung, dass ich heute gar nicht mehr drankomme.

Ich möchte einige grundsätzliche Anmerkungen zu dem Antrag selber machen.

Für mich riecht das Papier – das ist auch einer der Gründe gewesen, warum wir keine schriftliche Stellungnahme abgegeben haben – doch schon sehr stark nach Wahlkampf und weniger nach einer sachlichen Auseinandersetzung um die Fragen, die im Kontext „Umlagefinanzierung“ oder entsprechenden Systemen in der beruflichen Bildung auftreten. Es werden Kausalzusammenhänge hergestellt. Und man ist sich nicht zu schade, das Tariftreue- und Vergabegesetz als großes Ausbildungshindernis einzubringen. Das scheint mir doch alles sehr weit hergeholt zu sein.

Um deutlich zu machen, warum ich das so einschätze: Wir haben vor dem Tariftreue- und Vergabegesetz im System einen wesentlich höheren Anteil an jungen Menschen gehabt, die unversorgt geblieben sind. Offensichtlich führt also, wenn ich in dieser Logik argumentiere, das Tariftreue- und Vergabegesetz dazu, dass wir einen geringeren Anteil an unversorgten Jugendlichen haben als in den Jahren vorher. Daher bitte ich, die Kirche im Dorf zu lassen und sich auf die Instrumente zu kaprizieren, die inhaltlich zur Frage passen.

Nun zu der Frage: Wie geht es eigentlich am besten? Läuft es am besten mit dem Prinzip der Freiwilligkeit? – Ich möchte einfach mal ein Resümee ziehen bezogen auf die Entwicklung der letzten 20 Jahre; denn den Ausbildungskonsens gibt es seit 1996 unter verschiedenen Regierungen in verschiedenen Farbkombinationen.

Die Botschaft, die der Ausbildungskonsens geschickt hat, die in der einen oder anderen Frage immer wieder umformuliert wurde, aber die gleiche Intention hatte, hieß: Jeder junge Mensch, der ausgebildet werden will, wird ausgebildet. – Im Ergebnis ist uns dies seit 1996 nie gelungen, nicht ansatzweise. Im Gegenteil: Im Schnitt sind 20 % eines jeden Altersjahrgangs ohne jegliche Berufsausbildung geblieben. Das ist die Ursache für den Fachkräftemangel auf der einen Seite und die Langzeitarbeitslosigkeit auf der anderen Seite.

Die Agenturstatistik schönt die Situation häufig. In der Agenturstatistik redet man 6.000 unversorgten Jugendlichen. In Wirklichkeit wissen alle – da bin ich meinen Kollegen von Kammern und Arbeitgeberseite auch dankbar; so diskutieren wir das mindestens

im Ausbildungskonsens –, dass wir im Prinzip die Jugendlichen hinzurechnen müssen, die in der Statistik als „Bewerber mit Alternative“ ausgewiesen sind. Denn die Systematik funktioniert folgendermaßen: Ein Jugendlicher, der noch nicht 18 Jahre alt ist, der berufsschulpflichtig ist, wird einem Bildungsgang im Berufskolleg zugewiesen. Damit ist er nach der Definition der Arbeitsagentur versorgt. Er steht aber weiter in der Statistik, weil er einen Ausbildungsplatz sucht, und zwar zu sofort. Das sind nicht die Jugendlichen, die klassischerweise nicht ausbildungsreif sind, sondern das sind – wenn man sich die Ergebnisse der Agenturstatistiken anguckt, erkennt man das – in der Regel sogar vorqualifizierte Jugendliche. Da erleben wir eine Situation des Marktversagens. Der Markt ist blind und nimmt nicht alle Jugendlichen so, wie sie eben sind, sondern greift nur einen bestimmten Teil ab, den man mit Ausbildungsplätzen versorgen kann.

Jetzt gibt es Betriebe, die keinen Bewerber bekommen, und Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz bekommen. Das sind die zwei Seiten einer Medaille. Wenn ein Unternehmen keinen Jugendlichen bekommt, ist das ein Ärgernis. Für den Jugendlichen selber ist das eine Katastrophe, weil er dann in eine Situation hineinkommt, dauerhaft Transferempfänger werden zu müssen. Das ist eine Situation, die gesellschaftlichen Sprengstoff bietet und im Prinzip auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten absolut unbefriedigend ist.

Nun zu den Absprachen im Ausbildungskonsens:

Da ist in dem Antrag von Schuldvorwürfen an die Wirtschaft die Rede, dass man wieder zum partnerschaftlichen Dialog zurückkehren muss. – Ich will dazu kurz auf die Entwicklungen im Verlauf der vergangenen Jahre verweisen. Wir haben unter Beteiligung der Gewerkschaften im Prinzip immer auf Freiwilligkeit gesetzt. Wir haben uns darum bemüht, die Rahmenbedingungen für Ausbildung zu verbessern. Da ging es um neue Berufe und Zusatzqualifikationen, Verbundausbildung, Berufs- und Studienorientierung, Benachteiligtenförderung, vollzeitschulische Berufsausbildung, Anrechnungsmöglichkeiten – alles auf freiwilliger Ebene. Aber wir müssen angesichts der Situation einfach feststellen: Die Probleme in dem Bereich sind nicht gelöst.

Deshalb hat der DGB gesagt: Wir wollen, wenn wir darüber reden, eine gewisse Verbindlichkeit bekommen. Das heißt, wir wollen Zielvereinbarungen auf Landesebene treffen, damit wir in der Frage weiterkommen und nicht wieder nur Appelle verabschieden oder Plakate kleben. Wir wollen in einen verbindlichen Prozess eintreten können.

In der Diskussion ist insbesondere von Arbeitgeberseite gesagt worden: Das können wir auf Landesebene nicht leisten. Wenn, dann liegen die Kompetenzen in den Regionen; vor Ort muss entschieden werden, welche Ziele man erreichen kann und welche man nicht erreichen kann.

Im Rahmen der – ich sage mal – strittigen Diskussion ist ein Konsens gefunden worden. Aus diesem Konsens ist das gesamte Verfahren entstanden, das wir jetzt haben: mit regionalen Handlungsplänen, selbstdefinierten Zielvorgaben.

Im letzten Jahr war die selbstdefinierte Zielvorgabe: 3.000 zusätzlich gemeldete Plätze und – da ist eine bestimmte Systematik hinterlegt – ungefähr genauso viele abge-

schlossene Ausbildungsverträge. Jetzt müssen wir feststellen: Wir haben es zwar geschafft, den Einschaltungsgrad der BA zu erhöhen – das heißt, es sind mehr Stellen gemeldet worden –, aber die Zahl der Verträge war leider rückläufig. Ich hätte es mir anders gewünscht, aber es war so.

Die Begründung im vergangenen Jahr war, dass wir sehr spät in den Prozess eingestiegen sind. Wir werden in diesem Jahr sehen, ob es nun besser läuft, ob wir da in eine andere Verbindlichkeit hineinkommen.

Wenn der DGB in der Situation die Umlagefinanzierung gefordert hat, dann schwingen da natürlich entsprechende Erfahrungen mit. Denn in dem Moment, wo es eine Umlagefinanzierung gibt, sehen die Ergebnisse deutlich anders aus. Bemerkenswert ist das insbesondere in der Altenpflege, wo wir innerhalb von wenigen Jahren von 10.000 auf knapp 17.000 Plätze gekommen sind. Das heißt, die Anreize über die Umlage sind so hoch, dass die Betriebe nicht mehr sagen: „Ich nehme den Jugendlichen nicht, denn der passt nicht bei mir rein“, sondern sagen: Ich nehme den Jugendlichen, weil ich das finanzielle Risiko bezogen auf die Ausbildung nicht allein tragen muss, sondern weil das auf alle Ausbildungsbetriebe umgelegt wird.

Das, was der Kollege Oehme eben auf die SOKA-BAU bezogen gesagt hat, stimmt – aber stimmt auch wieder nicht. Denn wir stellen fest: Im Kontext einer rückläufigen Konjunktur ist die reale Anzahl der Ausbildungsverhältnisse natürlich zurückgegangen, aber die Ausbildungsquote ist im Schnitt immer um 25 % höher als in allen anderen Bereichen. – Wenn wir diese Quote bekommen würden, dann hätten wir in der Ausbildungsplatzsituation überhaupt keine Probleme mehr, dann hätten wir ein auswahlfähiges Angebot und die Jugendlichen könnten entsprechend mit Ausbildung versorgt werden.

Was haben wir an Möglichkeiten?

Es gibt im Prinzip die Variante 1: Das ist das, was im Ausbildungskonsens als Alternativangebot steht – die vollzeitschulische Berufsausbildung nach Berufskolleganrechnungs- und zulassungsverordnung; das ist eine vollzeitschulische Berufsausbildung allein an einem Berufskolleg, wo man anschließend die Möglichkeit bekommt, eine Kammerprüfung zu absolvieren. Dieses Instrument ist nicht neu. Es ist unter Schwarz-Gelb eingeführt worden, unter dem damaligen Arbeitsminister Karl-Josef Laumann. Als Zielperspektive war avisiert, 10.000 bis 15.000 Plätze zu generieren. Das ist uns nicht gelungen! Wir haben es nicht geschafft! Wir hatten nachher eine dreistellige Zahl im Angebot. Mittlerweile ist dieses Schwert so stumpf, dass wir nicht mal mehr in homöopathischen Größenordnungen agieren, das heißt im zweistelligen Bereich sind. Man muss wissen: Wir haben in NRW 110.000, 120.000 Ausbildungsplätze und 23.000 unverorgte Jugendliche. Wie soll bei diesem Verhältnis über diesen Weg ein entsprechendes Angebot zur Verfügung gestellt werden? – Diese Variante ist im Moment insofern keine realistische.

Die zweite Variante ist die außerbetriebliche oder partnerschaftliche Berufsausbildung. Wir haben unter Schwarz-Gelb damals die Erfahrung gemacht, dass, wenn wir ein solches Instrument anbieten, es uns gelingt, zu einem relativ späten Zeitpunkt die Jugendlichen selbst aus bestehenden Bildungsgängen der Kollege herauszuholen, weil

sie es als Ausbildung wahrnehmen. Das ist ein erfolgreicher Weg gewesen – allerdings teuer! –, weil die Ausbildung als Berufsausbildung außerbetrieblich finanziert wird. Aber im Ergebnis führt das dazu, dass die Jugendlichen, die so ausgebildet sind, nicht als Transferempfänger auftreten; und mittel- bzw. langfristig rechnet sich das.

Dann bleibt als dritte Variante im Prinzip nur die Umlagefinanzierung. Sie ist erstens erfolgreich und zweitens kostengünstig, weil sich alle Betriebe an der Ausbildung beteiligen. Insofern ist es kein Vorschlag zur Belastung der Betriebe, sondern es ist ein Vorschlag zur Entlastung. Das haben wir eben für den Pflegebereich diskutiert; da ist es nach meiner Auffassung am sinnvollsten nachzuweisen.

Zum Abschluss möchte ich darauf hinweisen – weil in dem Antrag auch steht, zum partnerschaftlichen Dialog zurückkehren –: Ich sitze mit den Kollegen der Wirtschaft hier friedlich nebeneinander. Sie können sich darauf verlassen, dass trotz der Streitigkeiten um den richtigen Weg – die sein müssen – der partnerschaftliche Dialog funktioniert. Wir arbeiten konstruktiv im Rahmen von „KAoA“, im Rahmen des neuen Übergangssystems, zusammen und haben im Prinzip ein gemeinsames Ziel: Wir wollen dazu beitragen, dass das neue Übergangssystem zum Erfolg geführt wird. Wir sind zum Erfolg verdammt. Insofern bitte ich auch um Verständnis dafür, wenn wir konstruktiv-kritisch in den Dialog gehen, auf die Fehler im System, die wir sehen, hinweisen. Denn wir haben ein Interesse daran, die Jugendlichen möglichst erfolgreich in Ausbildung zu vermitteln.

Vorsitzender Günter Garbrecht: Wir gehen nun in die zweite Fragerunde.

Matthias Kerkhoff (CDU): Mich würde interessieren – auch von den anderen Teilnehmern am Ausbildungskonsens –, wie Sie den Erfolg bzw. Misserfolg dieses Ausbildungskonsenses bewerten.

Zusätzlich schließe ich die Frage an, welche landespolitischen Impulse Sie für eine Verbesserung der Situation in Erwägung ziehen. Angesprochen worden ist ja das Thema „Wirtschaftliche Dynamik allgemein“, aber auch das Thema „Bologna-Prozess“ – Herr Oehme hatte das angesprochen –, die erhöhte Studierneigung. Was sind eigentlich die Rahmenbedingungen, die sich um das Feld „Ausbildung“ herumranken?

Eine Nachfrage an Herrn Wichmann: Es hat bei Ihnen ja ein Fachgespräch zum Thema „KAoA“ gegeben. Da würde mich interessieren, wie Sie das Thema sehen. Ich hatte einen sehr differenzierten Eindruck von dem, was die Teilnehmer zu der Frage gesagt haben, wie „KAoA“ auf die einzelnen Zielgruppen letztendlich passt.

Marion Warden (SPD): Herr Oehme, mir fehlt noch Ihre Einschätzung zu dem Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Sie hatten ja keine Stellungnahme abgegeben. Vielleicht können Sie dazu noch kurz Stellung nehmen.

Ansonsten habe ich noch eine Frage an alle. Sie hatten in Ihren Beiträgen und Stellungnahmen ja immer wieder darauf hingewiesen, dass ein Problem die fehlende Ausbildungsreife der jungen Menschen sein könnte. Der Bundestag hat im Februar 2015 Regelungen zur Umsetzung der Assistierten Ausbildung beschlossen. Meine Frage:

Können Sie uns dazu etwas sagen? Haben Sie da Erfahrungen? Haben Sie vielleicht Anregungen, wie man es noch besser machen könnte?

Ulrich Alda (FDP): Herr Oehme, ja, ich bin solch ein böser Selbstständiger, der den Kindern zu Hause sagt: Macht euch auf keinen Fall selbstständig, damit das Theater für die nächsten Generationen endlich vorbei ist! – Ich sage Ihnen auch ganz offen: Die Jahre hier und die Jahre in der Kommunalpolitik haben mich darin bestärkt. Denn definitiv treffen diejenigen Leute Entscheidungen, die sich nie selbstständig machen würden und das wahrscheinlich auch gar nicht könnten.

Aus diesem Kontext heraus folgende Fragen – die gehen wieder an Frau Tiemann, Herrn Oehme und Herrn Dr. Janßen –: Wie könnte dem von Ihnen angesprochenen Problem fehlender qualifizierter Bewerber begegnet werden? Und wie bewerten Sie Teilqualifikationen, Berufe mit zweijähriger Ausbildung, modulare Ausbildung? Letztendlich wird man ja auch für die Schwächeren etwas finden können. Ich schätze, da werden Sie auch Vorschläge haben.

Noch eine abschließende Bemerkung zum Thema „Wahlkampf“: Unser Antrag ist vom letzten Jahr Januar, Herr Wichmann.

Martina Maaßen (GRÜNE): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Experten, in der Diskussion ist meine Frage hinsichtlich der Beurteilung der Ausbildungsumlage im Pflegebereich noch nicht befriedigend beantwortet worden, höchstens durch Herrn Wichmann. Es trägt für mich nicht, was Sie da zur Konjunktur sagten, Herr Oehme. Denn gerade die Pflege war und ist vielleicht auch nicht einer der attraktivsten Berufsbereiche. Deswegen finde ich es schon sensationell, dass da 7.000 bis 8.000 weitere Ausbildungsplätze entstanden sind. Das Geld fließt da ja gerade zu denjenigen, die ausbilden. Von daher trägt Ihre Antwort nicht, mich da ein Stück umzustimmen.

Frau Tiemann, Sie sagten, man habe sich schon offiziell distanziert. Ich frage mich, wer „offiziell“ ist. Ich denke, wir sollten den Diskurs hinsichtlich Ausbildungsumlage beibehalten.

Deswegen möchte ich jetzt noch mal andersherum fragen: Wenn die Ausbildungsumlage letztendlich eine negative Sanktion für Unternehmen ist, welchen positiven finanziellen Anreiz gäbe es denn? Sie haben es angesprochen: Man muss auch den regionalen Unterschied sehen. Hätten Sie einen Vorschlag, wie man Betriebe hinsichtlich Ausbildung in den Regionen positiv stärken oder bestärken könnte, wie man es in der Pädagogik macht?

Vorsitzender Günter Garbrecht: Ich möchte auch noch eine Frage stellen. – Im Berufsbildungsbericht 2015 war die Rede von der Abbrecherquote. Es war vereinbart worden, insbesondere die Verringerung der Abbrecherquote in der Ausbildung anzugehen. Mich würde interessieren, welche neueren Initiativen in Nordrhein-Westfalen zu dieser Vereinbarung auf Bundesebene ergriffen wurden.

Dann wird immer über unbesetzte Ausbildungsstellen geredet. Herr Oehme hat eben schon das Beispiel gebracht: Jetzt sind davon auch Berufe wie Tischler betroffen. – Gibt es denn eine belastbare statistische Auswertung über die Berufsfelder, in denen Ausbildungsplätze frei geblieben sind? Gibt es da auch regionale Unterschiede bei den jeweiligen Berufsqualifikationen und Zukunftsaussichten? Aus meiner Sicht müssen wir die Diskussion über die frei bleibenden, nicht besetzten Ausbildungsplätze koordinieren mit der Frage des Niveaus der jeweiligen Ausbildung, Bäckereifachverkäuferin usw. Sie wissen, in welche Richtung ich gehe.

Die Umlage ist schon von der Kollegin Maaßen angesprochen worden. Wir haben ja nicht nur in der Altenpflege und im Baubereich eine Umlage. Wir haben auch in der Krankenpflege ein Umlagesystem. Die Miederindustrie ist, wenn ich das richtig sehe, das älteste Beispiel für eine branchenmäßige Umlage.

Ihre tragende Argumentation ist ja, eine Umlage würde die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen bremsen. Ich will die Frage umkehren: Was tun Sie eigentlich gegen die einseitige Belastung der Unternehmen, die ausbilden? Denn nach meiner Kenntnis bilden nur 20 % der Unternehmen aus, jedenfalls im IHK-Bereich. Was tun Sie, um die anderen 80 %, die nicht ausbilden, an dieser gesellschaftlich wichtigen Aufgabe zu beteiligen? Das ist ja der Umkehrschluss. Bei einer Umlage würden die an der Ausbildungslast beteiligt. Noch mal: Was tun Sie auf der Gegenseite, um Unternehmen stärker an der Ausbildung zu beteiligen?

Walter Kern (CDU): Mich interessiert insbesondere als Vertreter des ländlichen Raums die duale Ausbildung im ländlichen Raum. Konkret ist hier eben das Bäckerhandwerk angesprochen worden. Wir haben zurzeit Klassenstärken von 16 Schülern vorgeschrieben. Herr Oehme, an Sie die Frage: Muss die Politik bei den Klassenstärken nicht auch für den ländlichen Raum etwas tun, einen Sozialraumindex wie in Niedersachsen schaffen, damit wir auch mit 12er-Klassen arbeiten können, um dann zusätzliche Ausbildungsplätze zu generieren? Ich weiß konkret aus Lippe, dass Ausbildungsplätze im Bäckerhandwerk genau deswegen nicht besetzt werden können.

Ich komme zu einem weiteren Problem. Wir haben viele Jugendliche, die unversorgt sind. Ich sage das jetzt mal ketzerisch, als private Anmerkung – ich beschäftige mich mit der Platzierung von Jugendlichen seit zehn Jahren ehrenamtlich –: Wir haben das Problem, dass die Jugendlichen weltweit surfen, aber einen Aktionsradius wie ein Bierdeckel haben, das heißt, dass sie nicht dorthin gehen, wo Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Muss das Land nicht auch Unterbringungsmodelle entwickeln – wie zum Beispiel Köln das Modell Kolping –, damit die Ausbildung für die Jugendlichen finanzierbar ist? Das wäre ja eine Landesaufgabe. So wäre die Ausbildungsabgabe vielleicht nicht unbedingt erforderlich.

Vorsitzender Günter Garbrecht: Wir gehen nun in die zweite Antwortrunde.

Dr. Peter Janßen (unternehmer nrw): Herr Kerkhoff hatte gefragt, wie wir die Ergebnisse, den Erfolg des Ausbildungskonsenses bewerten – vielleicht auch in Abgrenzung zu dem, was Herr Wichmann gesagt hat. Man kann sich ja immer streiten, ob das Glas

halb voll oder halb leer ist. Ich bin jetzt noch nicht so lange dabei, beobachte den Ausbildungskonsens noch nicht so lange aktiv, dass ich das von Anfang an beurteilen könnte. Aber mein Eindruck ist doch sehr stark, dass die Bemühungen, die alle gemeinsam an den Tag legen und die sehr intensiv sind, zu einigem geführt haben, aber über die Jahre natürlich nicht zu einem hundertprozentigen Ausgleich am Ausbildungsmarkt. Ich bin aber grundsätzlich skeptisch, ob das überhaupt immer geht oder ob das Thema nicht einfach so komplex ist, dass man da ohnehin am Ball bleiben muss und dass man immer alle, die sich da engagieren und die da eine Aufgabe haben, mit an Bord haben muss, um bestmögliche Ergebnisse herauszuholen, und zwar sowohl für die potenziellen Auszubildenden als auch für die Unternehmen.

Da tue ich mich immer ein bisschen schwer mit dem Anspruch, jeden Jugendlichen mit einem Ausbildungsplatz zu versorgen. Wenn wir nur daran denken, jeden mit irgendeinem Ausbildungsplatz zu versorgen, löst das das Problem nicht. Das Thema ist doch, mit der dualen Ausbildung junge Menschen so auszubilden, dass sie als Fachkräfte in den Unternehmen am Arbeitsmarkt gebraucht werden, nachhaltig in Lohn und Brot sind und eine berufliche Perspektive haben.

Und dafür brauchen wir die Freiwilligkeit, brauchen wir den Markt und diejenigen, die den Markt wahrnehmen. Das geht nicht anders. Ich glaube, wir sind gerade mit dem, was wir in den letzten zwei Jahren auf die Beine gestellt haben – und darum ist im Ausbildungskonsens sehr intensiv gerungen worden –, auch mit den regionalen Handlungsplänen, auf einem sehr guten Weg. Wir haben alle gemeinsam gelernt, noch etwas genauer hinzugucken, und haben tatsächlich noch ein paar Schwierigkeiten vor Ort aus dem Weg geräumt. Darüber kann man sich auf Landesebene trefflich streiten, aber vor Ort löst das kein Problem.

Welche landespolitischen Impulse erwarten wir zur Verbesserung der Situation? – Herr Wichmann hat eben unter Verweis auf den Antrag der FDP-Fraktion, in dem vom Tarifreue- und Vergabegesetz die Rede ist, gesagt: Trotz Einführung des Gesetzes ist die Zahl der Ausbildungsplätze gestiegen. – Das stimmt. Ich glaube auch, alleine dadurch ist nicht alles schlechter geworden. Aber die Frage „Welche Bedingungen haben Unternehmen, um im Land Nordrhein-Westfalen zu investieren?“ muss man schon sehr grundsätzlich sehen, muss man sehr ernst nehmen. Wir haben ein Tarifreue- und Vergabegesetz, obwohl wir bundesweit ein Mindestlohngesetz haben. Ich könnte mir noch drei, vier andere Vorschriften vorstellen, die es zumindest nicht einfacher machen – ich will es mal vorsichtig formulieren –, in Nordrhein-Westfalen zu investieren und einen Bedarf an Fachkräften zu haben, die man dann auch ausbilden kann.

Also, es gibt schon Gründe, darüber nachzudenken, auch die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ganz aus dem Blick zu verlieren, wenn man darüber spricht, wie wir es hinbekommen, eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen in der dualen Ausbildung in Nordrhein-Westfalen zu haben.

Ich habe es eben schon erwähnt und will das noch mal betonen: Wir haben uns da eigentlich ganz gut gehalten. Wir liegen mit den Quoten über dem Bundesschnitt; das ist nicht ganz selbstverständlich. Das spricht auch dafür, dass im Ausbildungskonsens vielleicht doch nicht so viel schiefgelaufen ist, sondern dass die gemeinsamen Bemühungen durchaus Früchte tragen und wir es schaffen – damit komme ich noch mal auf

Ihre Frage aus der ersten Runde, Frau Maaßen; die hatte ich vergessen –, den einen oder anderen Ausbildungsbetrieb doch noch zu motivieren, auch noch einen schwächeren Jugendlichen mit in die Ausbildung zu nehmen. Ich glaube, dass es sinnvoll sein kann, da die Bemühungen zu verstärken, darauf hinzuweisen, was es konkret an Instrumenten gibt, mit denen man als Arbeitgeber unterstützt werden kann.

Auch das Thema „Assistierte Ausbildung“ kam hier zur Sprache. Ich glaube, das ist ein sehr kluger Ansatz, den wir vielleicht alle gemeinsam noch besser in die Fläche bringen müssen, um es tatsächlich hinzubekommen, dass dieses Spielchen an der einen oder anderen Stelle nicht überhandnimmt, nämlich dass man mangelnde Ausbildungsreife von Jugendlichen beklagt – die an vielen Stellen auch gewiss zu beklagen ist – und daraus den Schluss zieht: Dann lass ich es dieses Jahr mal. – Das ist eine legitime Reaktion, wie ich finde. Aber es ist schon wichtig, daran zu arbeiten, wie man als Arbeitgeber vielleicht doch jemanden hineinnehmen kann, der aus Arbeitgebersicht noch nicht ganz so weit ist, und zu fragen, welche Unterstützungsinstrumente es dafür gibt. Ich glaube, das alles ist sehr viel zielführender als gesetzliche Zwangsmaßnahmen, die tatsächlich dazu führen, dass viele Unternehmen sagen: Gut, dann zahle ich eine Abgabe, und dann gucken wir mal. – Ich glaube, das würde verheerende Folgen haben.

Ich warne auch vor einer flächendeckenden gesetzlichen Rückregelung. Die beiden Beispiele aus der Baubranche und dem Pflegebereich sind schon nicht unbedingt vergleichbar. Die SOKA-BAU ist auf der Grundlage einer freiwilligen Vereinbarung der Tarifparteien einer Branche zustande gekommen. Im Pflegebereich kenne ich mich genau wie Herr Oehme im Detail nicht aus. Ich weiß aber, dass die Situation im Pflegebereich eine ganz andere ist als die Situation im Baubereich. Mit Blick auf alle anderen Branchen, die wir haben, bin ich sicher, dass wir mit einer flächendeckenden gesetzlichen Rückregelung gar nichts erreichen.

Wir erreichen dann etwas, wenn wir die Bemühungen im Ausbildungskonsens fortsetzen, wenn dieses Ringen, das tatsächlich in einer sehr konstruktiven Atmosphäre stattfindet, dazu führt, dass wir vor Ort Plätze akquirieren, wenn wir überzeugen und wenn wir gemeinsam an einem Ausgleich arbeiten: am regionalen Ausgleich und am Ausgleich in Bezug auf das Interesse junger Menschen für bestimmte Ausbildungsberufe.

Sie, Herr Vorsitzender, hatten den Beruf der Bäckereifachverkäuferin als Beispiel angeführt. Man kann ja sagen: Der ist nicht so attraktiv. – Aber da werden Ausbildungsplätze angeboten, und die Ausgebildeten werden auch gebraucht. Also ist es durchaus sinnvoll, auch auf die Attraktivität dieses Berufs hinzuweisen und junge Menschen in ausreichender Zahl als Bewerber für einen solchen Beruf zu interessieren. Man sollte sich auch da nicht einfach zurücklehnen und hoffen, dass eine Ausbildungsabgabe, eine flächendeckende gesetzliche Regelung, die Probleme schon lösen wird. Ich glaube, das wird sie nicht tun.

Andreas Oehme (Handwerkskammertag NRW): Wie bewerten wir den Erfolg des Ausbildungskonsenses? – Ich glaube, ich könnte darüber endlos sprechen. Ich will hier nur eine kurze Bemerkung machen. Es wird einem immer deutlich, was man besonders wertschätzen kann, wenn man mit Kollegen aus anderen Bundesländern spricht.

Dieses gemeinsame Ringen um die beste Lösung, das haben wir geübt 1996 und haben das dann zunehmend auch geschafft. Ich glaube, das ist der große Wert. Wenn ich an die Zeit davor denke – ich bin auch schon ein bisschen länger dabei –: Da hat einer Pressemitteilung herausgegeben, und alle anderen haben direkt reagiert und gesagt: Was ist denn das für eine Unverschämtheit! Wie kann der DGB, die Regionaldirektion oder das Arbeitsministerium so was verbreiten! – Da haben wir in NRW eine komplett andere Kultur. Und damit haben wir ganz viel auf den Weg gebracht. Manches haben wir ausprobiert, haben es wieder verworfen usw. Ich glaube, das ist der große Wert, den wir geschaffen haben: an dem Thema gemeinsam zu arbeiten – weil alle das gleiche Endziel haben.

Zum Thema „KAoA“: Ich habe eben versucht, zu sagen, dass wir dieses Vorhaben durchaus für sehr lohnenswert halten, dass wir allerdings noch in der Anfangsphase sind. Wir sind noch längst nicht über den Berg, sodass es läuft. Ich glaube, es gibt gute Signale, dass es klappt. Man muss aber noch mal hinterfragen, ob alle Elemente so sind, wie sie sein sollten.

Wir müssen insbesondere gucken – da sind wir am Kernstück dieser Diskussion –, wo das herkam. Das kam daher, dass wir gesagt haben: Wir wollen das Übergangssystem reduzieren. – Die Frage, wo die Verantwortungskette ist, wer was macht, wer sagt, wer in welche passende Maßnahme kommt, haben wir trotz der langen Diskussionen und des Beschlusses 2011 noch immer nicht beantwortet. Alle haben gesagt: Jetzt haben wir erst mal die Riesenberufsorientierung, jetzt müssen wir in den Schulen anfangen, am besten überall in Klasse 8, dann in Klasse 9. – Immer neue Baustellen, immer mehr Arbeit! Aber an dem Kernstück, warum wir das Ganze machen, sind wir auch auf Landesebene noch nicht angekommen. Wie gestalten wir das? Wie setzen wir das um? Da, meine ich, müssten wir dringend vorankommen. Das hilft uns dann auch dabei, dass die, die ausbildungsreif sind, nicht mehr in irgendwelche Bildungsmaßnahmen gehen, die sie letztlich nicht brauchen.

Zur Assistierte Ausbildung: Ich muss gestehen, dass ich davon noch nicht viel Gutes gehört habe. Ich glaube, es ist ein sehr theoretisches Konstrukt, das verschiedene bestehende Maßnahmen zusammenpackt, wohl eine Stunde Begleitung pro Woche mehr vorsieht. Mir scheint, das ist ähnlich wie bei der Verbundausbildung: hoch gepredigt, aber bei vielen inhabergeführten Kleinbetrieben funktioniert es nicht, jemanden hineinzuschicken und mitreden zu lassen. Das sehe ich als Schwierigkeit. Aber das muss man abwarten. Die Regionaldirektion hat die Bedarfe ja recht vorsichtig eingeschätzt. Irgendwann werden wir hören, wo sich was tut, in welchen Branchen es sich lohnt. Bisher habe ich dazu aus unseren Kreisen noch nichts gehört.

Zu der Frage, wie man fehlenden Bewerbungen begegnen kann, modulare Ausbildung und Ähnliches: Ich bin da sehr kritisch, vor allen Dingen je kleiner der Betrieb ist. Ich glaube, wir machen die duale Ausbildung für das Gros der Betriebe, also kleinste, kleine und mittelständische Betriebe. Und je kleiner der Betrieb ist, umso mehr muss der Einzelne können. Denn morgen und übermorgen sind die Aufträge völlig andere als heute. Und wenn wir die Mitarbeiter in einem Vier-Mann-Betrieb nicht mitnehmen können, kann keiner die Aufträge bearbeiten. Insofern mag das in großen Unterneh-

men mit verkürzten Ausbildungen, spezieller Ausrichtung auf Arbeitsplätze funktionieren, auch langfristig, wenn man die Arbeitsplätze sichert. Aber in Kleinbetrieben kann das nicht funktionieren. Deswegen sagen wir als Kammern: Das rettet nicht unsere Wettbewerbsfähigkeit. Den Schritt können wir nicht mitgehen.

Ein bisschen frustrierend ist, dass es ein paar Kräfte gibt – bei der Bertelsmann Stiftung, unter den Professoren –, die bei jeder neuen Zielgruppe mit dem gleichen Modell kommen und sagen: Am besten modularisieren wir die Ausbildung. Dann können wir für die Menschen mit Behinderung etwas tun, dann können wir für die Flüchtlinge etwas tun, dann können wir noch für ganz andere Zielgruppen, die vielleicht nicht unterkommen, etwas tun. – Wir sagen: Das ist der falsche Weg. Damit schaffen wir keine Beschäftigung in diesem Land und tun den Menschen keinen Gefallen.

Zur Frage von Frau Maaßen: Anreize schaffen. Ich habe schon vor vielen Jahren gesagt: Lassen Sie uns das an der Stelle nicht mit Geld machen. – Ich bin gegen die Umlage als Pflicht für Betriebe. Aber ich war auch schon immer dagegen, zu sagen: Lieber Staat, nimm' Geld in die Hand und zahl' den Betrieben dafür, dass sie ausbilden! – Das ist das Ende der Ausbildung!

Die Österreicher hatten einen Riesenvermögen und haben angefangen, den Betrieben für Ausbildung Geld zu zahlen. Ich sage: Das ist das Ende der dualen Ausbildung in Österreich, wenn diese tolle Sondervermögen irgendwann aufgebraucht ist.

Wir finden genug Betriebe. Sie wissen das: Immer wieder kommen Anfragen – von allen Seiten, gerade von Kleinbetrieben, gerade aus speziellen Branchen, auch von freien Berufen –: Gibt's nicht Geld, wenn ich ausbilde? – Klar, nehmen die alle Geld mit! Aber, ich glaube, das ist nicht das, was duale Ausbildung im Kern ausmacht. Darüber sollten wir so nicht nachdenken. Steuermodelle, irgendwelche indirekten Anreize, die sich auch finanziell auswirken, könnten ein politisches Instrument sein. Aber nicht Geld fließen lassen für duale Ausbildung! Ich glaube, das wäre das Ende unseres Systems.

Herr Garbrecht, Sie fragten, in welchen Berufen Stellen frei bleiben, wie man da näher herankommt. Für das Handwerk ist das relativ einfach; das sind die Branchen, die, egal wie der Ausbildungsmarkt ist, immer sagen: Wir bekommen unsere Stellen nicht besetzt. – Ich kann Beispiele nennen: Gebäudereiniger, Gerüstbauer, Fachverkäufer. Diese Art von Berufen hat gerade bei Jugendlichen ein sehr schlechtes Ansehen. Dafür kann man auch öffentlich schwer werben.

Man muss aber auch sehen: Die Medaille hat immer zwei Seiten! Wir können sagen: Na ja, wenn die nicht ausgebildet werden wollen, hat die Branche Arbeitsplätze für An- und Ungelernte, Wiedereinsteigerinnen usw. Das hat also auch was Gutes für sich.

Umgekehrt: Warum werden so viele junge Frauen Friseurin? – Da verdient man nicht gut. Es heißt immer: Wir müssen alle mehr bezahlen. – Aber die wählen den Beruf trotzdem. Ich habe keine Antwort, was genau da das Richtige ist. Wir machen seit 20, 25 Jahren Berufsorientierung für junge Frauen, dass die andere Berufe wählen. Heute sage ich: Das bringt nichts. Das Spektrum hat sich nicht erweitert. Das ist meine Wahrnehmung der Welt in diesem Land.

Das eine sind also die Berufe, die unbesetzt bleiben.

Das andere sind die Berufe, für die man hoch qualifiziert sein muss. Das ist da der Fall, wo mehrere Berufe zusammengelegt sind, wo Querschnittstechnologien hineinkommen, zum Beispiel im Elektrobereich. Die Nachwuchsklientel, die da gebraucht wird, interessiert sich nicht für duale Ausbildung. Es gibt Betriebe, die es mit anderen Bewerbern versuchen, dann aber sagen: Das klappt nicht, die schaffen die Prüfung nicht, die steigen vorher aus.

Das gilt auch für Branchen mit Wachstumspotenzial. Viele Jahre haben die Kälteanlagenbauer gesagt: Keiner kennt uns, wir bekommen von der Agentur Leute, die schlecht in Physik und in Mathe sind – da brauchen wir überhaupt keinen Vertrag abzuschließen. – Da sind Riesenpotenziale am Markt.

Aus dem Handwerksbereich sind das die beiden Felder, wo immer mehr Stellen unbesetzt bleiben.

Zum Thema „Ländlicher Raum“ – Sie haben es angesprochen, Herr Kern –: Es ist genau das Feld. Seit einigen Jahren sind wir an dem Thema dran, sind mit dem Schulministerium bei Flexibilisierungen auch recht weit gekommen: dass man die Auszubildenden des gleichen Berufs nicht permanent zusammen schult, sondern auch differenziert. Ich glaube, da gibt es gute Ansätze.

Worüber wir in dem Bereich noch zu wenig nachdenken, das sind alle Fragen von Blended Learning, Distance Learning. Warum geht der Auszubildende nicht zu der Schule vor Ort, selbst wenn es seinen Beruf dort nicht gibt, sondern macht in einer Klasse mit, die ganz woanders sitzt? Wir haben die Struktur der Berufskollegs überall vor Ort. Aber es gibt keine Bereitschaft, darüber nachzudenken. Ich glaube, da müssen wir anpacken. Das passt auch zum Thema „Digitalisierung“ und zur demografischen Entwicklung.

Zur Frage nach der Unterbringung von Auszubildenden: Ich glaube, das ist ein Kernthema in vielen Ballungszentren. Köln ist gar nicht so schlecht aufgestellt, hat ziemlich viele Unterkünfte für Auszubildende. Düsseldorf hat fast gar keine. Also selbst wenn es ein Potenzial an offenen Stellen gibt, kann ein Auszubildender von seiner Vergütung in Düsseldorf keine Wohnung, kein Zimmer bezahlen – und wird nicht kommen. Das heißt, so, wie wir über Studentenwohnheime sprechen, sollten wir auch über Unterkunftsmöglichkeiten für Auszubildende in Ballungsräumen sprechen. Sonst grenzt das den Umzug in Ballungsräume aus.

Sophia Tiemann (IHK NRW): Herr Oehme hat jetzt schon eine unglaubliche Bandbreite angesprochen. Das möchte ich nicht wiederholen. Ich habe aber noch einiges, was mir in der Diskussion aufgefallen ist.

Ich bin umrahmt von Kollegen, die die Diskussion im Ausbildungskonsens NRW seit 1996 begleitet haben. Das ist auch ganz spannend. Ich selber bin vor anderthalb Jahren eingestiegen, und zwar genau zu dem Zeitpunkt, als diese Diskussion im Ausbildungskonsens NRW angefangen hat.

Einer meiner ersten Termine war ein Spitzengespräch, wo man über die Abgabe diskutiert hat. Ich war damals etwas erstaunt – ich komme ursprünglich aus der Praxis, von der kommunalen Ebene –, warum man auf Landesebene tatsächlich so eine Art Planwirtschaft denkt. Man denkt, man könnte Probleme vor Ort, die hinsichtlich Zielgruppen, Ausgangslagen sehr unterschiedlich gelagert sind, mit einem Instrument lösen. Herr Wichmann hat es eben auch so schön gesagt: Wir haben eine Lösung gesucht. Die hat nicht funktioniert.

Zur Kultur des Ausbildungskonsenses NRW: Auch ich bin froh, jetzt nach anderthalb Jahren sagen zu können: Ich glaube schon, dass es in der sehr strittigen Diskussion – wenn man diese Sitzungen zu einem anderen Zeitpunkt gemacht hätte, würden wir uns vielleicht auch noch mal anders äußern – gelungen ist, zu differenzieren. Wir sind auch ein Stück weit dahin gekommen, ehrlich zu diskutieren, auch ehrlich hinsichtlich der Frage, was denn der Kern der Problematik ist.

Beispiel Schulentwicklung: Was ist denn vor Ort tatsächlich passiert? Wie verändern sich Schulabschlüsse? Was macht das auch mit den Jugendlichen?

Wir waren auch bei „KAoA“ sehr offen und ehrlich im Umgang, haben gesagt: Klar funktioniert das nicht von einem Tag auf den anderen. Das braucht seine Zeit.

Genauso haben wir gesagt: Es gibt nicht die eine Lösung für diesen differenzierten Ausbildungsmarkt. Auch wir im Bereich der IHK haben Branchen, in denen es seit Jahren einen Mangel an Auszubildenden gibt, zum Beispiel im Hotel- und Gaststättengewerbe. Es gibt einfach Bereiche, die aus Sicht der Jugendlichen nicht so attraktiv sind. Das hat auch mit den Rahmenbedingungen zu tun.

Auch wir haben im sehr spezialisierten Bereich einen Mangel an Auszubildenden; Herr Oehme hat das eben für das Handwerk angesprochen. Bei uns betrifft das vor allem den Industriebereich. Da ist es uns im vergangenen Jahr unter anderem durch Imagekampagnen für die Industrie gelungen, das Thema wieder ein bisschen besser zu besetzen. Die Zahl der Auszubildenden ist da bei uns wieder nach oben gegangen.

Deswegen glaube ich auch, dass wir das systematisch angehen müssen und dass wir vielleicht auch den Regionen etwas Zeit geben müssen, so, wie wir es bei „KAoA“ machen – auch wenn das kein neues Problem ist; das ist mir bewusst.

Ich bin allerdings auch überzeugt davon, dass es uns gelingen muss, den Jugendlichen aufzuzeigen, was es vor Ort gibt. Ich sehe die Lösung nicht darin, in den Bereichen, die für Jugendliche vielleicht nicht mehr interessant sind – weil sie nun mal nicht so toll bezahlt sind oder weil sie wie im Gastronomiebereich Arbeit auch an Wochenenden erfordern, was nicht so attraktiv ist –, nicht mehr auszubilden. Das ist für unseren Bereich signifikant.

Wir haben aber auch Spitzen. Wenn beispielsweise im medialen Bereich das Thema „Köche“ wieder hochkommt, dann haben wir da einen kleinen Aufschwung. Gucken wir aber auf die Abbrecherquote, sehen wir: Es bringt nichts.

Ich denke, wir müssen realistische Bilder von der dualen Ausbildung vermitteln: was dahintersteckt – auch die Chancen; ich will das nicht immer nur negativ bewerten.

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir sagen: Wir haben hier in Deutschland jahrelang herbeigeredet, dass Studieren das Nonplusultra ist. Es wird finanziell in einem ganz anderen Rahmen gefördert. Dagegen kämpfen wir sicherlich etwas an. Ich bin aber guter Dinge, dass es uns, wenn wir das gemeinsam systematisch machen, ohne immer nur mit dem Finger aufeinander zu zeigen – was wir im Ausbildungskonsens übrigens zum Glück auch nicht immer tun, außer in den politischen Debatten manchmal –, gelingen kann, in die Schulen hineinzugehen und aufzuzeigen, was es gibt.

Ich bin auch überzeugt, dass es den Unternehmen nicht um finanzielle Anreize geht, gerade den größeren Unternehmen. Ich glaube, dass es vor Ort sehr, sehr viel Kommunikation bedarf. Das bespreche ich auch mit unseren Kammern, wenn es darum geht, was wir tun können. Die Berater vor Ort – wir haben Demografieberater, wir haben einen eigenen Fachkräftereport – zeigen immer wieder die Fakten auf, appellieren auch an die Bedürfnisse der Unternehmen und sagen: Auch wenn ihr es heute noch nicht spürt, ihr werdet definitiv in ein paar Jahren Probleme bekommen.

Und wir müssen aufzeigen – Herr Oehme hat das gesagt –, was es bereits an Instrumenten für die Unternehmen gibt. Mein Eindruck ist, dass es mittlerweile so viele verschiedene Angebote und Projekte gibt, dass es manchmal fast schon ein bisschen zu viel ist. Wir müssen überlegen, wie wir das für die Unternehmen kanalisieren können, damit sie sich das Interessanteste herauspicken können, ohne die duale Ausbildung damit kaputt zu projektieren.

Ein interessanter Punkt ist auch die Unterbringung in ländlichen Regionen. Eine unserer Kammern hat genau dazu vor gut einem Jahr in Südwestfalen ein Projekt aufgelegt. Die Unternehmen haben gesagt: Wir finden kaum mehr Auszubildende in unserer Region. Wir nehmen jetzt unsere Verantwortung wahr, warten nicht, dass etwas auf Landesebene passiert. – Und dann haben die Unternehmen selber Unterbringungen für Auszubildende bereitgestellt. Das fand ich großartig – ein neuer Ansatz. Es hat aber leider nicht funktioniert.

Und damit kommen wir zu einem anderen Problem gerade im ländlichen Raum: der Mobilität. Die Kollegen vor Ort mussten die Erfahrung machen, dass es zum Teil nicht möglich ist, die Jugendlichen über die Kommunalgrenzen zu bringen. Das hat auch etwas mit Bildern von anderen Regionen zu tun. Also da sind plötzlich Grenzen im Kopf, die ich in Düsseldorf, wenn ich die Situation analysieren wollte, überhaupt nicht so bewerten würde. Aber die Kollegen melden genau das: dass es zum Teil einfach nicht geht. Und letztendlich konnten diese Wohnheime nicht besetzt werden.

Das ist auch das, was die Kammern mir als Appell an die Landespolitik mitgeben: Kommunizieren Sie das! – Deswegen bin ich dankbar, dass ich das heute mal aufgreifen konnte.

Norbert Wichmann (DGB NRW): Vieles ist von den Kollegen der Kammern und von unternehmer nrw schon gesagt worden. In 80 % der Fälle würde ich sagen: Das sehe ich genauso – ob das die Ausführungen von Herrn Oehme zur Modularisierung sind, ob das die Frage ist, wie ich den Ausbildungskonsens als solchen bewerte. Wenn ich

jetzt mal davon absehe, dass es uns nicht gelungen ist, alle Jugendlichen zu versorgen, kann ich sagen: Es ist ein berufsbildungspolitisches Mitbestimmungsinstrument, wo der Streit und der Konsens im Prinzip zusammengehören. Das ist ein ganz wichtiges Instrumentarium, dass wir miteinander reden und nicht übereinander reden. Insofern können wir uns auch verständigen, sozusagen über strittige Themen hinweg, auch wenn die Ergebnisse nicht immer so sind, dass der eine oder der andere in der Sache zu 100 % obsiegt.

Natürlich haben wir auch in der inhaltlichen Diskussion ganz unterschiedliche Gemengelage. Das muss man auch wissen. Es ist nicht so, dass der DGB an dem Punkt permanent kontra Arbeitgeber und Kammern schießt, sondern wir entdecken auch Gemeinsamkeiten, wir definieren auch gemeinsame Positionen hinsichtlich der Frage: Wie gehen wir mit Geflüchteten um? – Manchmal ist das für die zuständigen Leute im Ministerium nicht einfach, weil wir an dem Punkt möglicherweise auch unbequem werden und auch unbequem sein sollten. Das ist auch unsere Rolle in dem Konzert, die wir gemeinsam ein Stück weit spielen wollen.

Ich will noch auf ein Thema eingehen, das eben angesprochen wurde: erhöhte Studierneigung. Nach dem Motto: Die studieren jetzt alle zu viel, die sollen lieber in die Ausbildung gehen. – Über eines muss man sich im Klaren sein: Die Situation am Ausbildungsmarkt ist so, wie sie ist. Wenn wir 10 % der Jugendlichen, die jetzt studieren, überreden könnten, in eine Ausbildung zu gehen, dann hätten wir nicht 23.000 Unversorgte zum 30.09., sondern 10.000 mehr. Das ist jetzt ein bisschen sehr schematisch gesprochen. Aber wir haben nun mal trotz aller Diskussionen eine anerkanntermaßen angespannte Situation. Wir schaffen es nicht, die Jugendlichen zu versorgen.

Gleichwohl sehe ich es als notwendig an, auch gut vorqualifizierte Jugendliche für eine duale Berufsausbildung zu gewinnen und dafür zu begeistern. Ich möchte keine Situation haben, wo wir im Sinne der theoretisch und praktisch Begabten auf der einen Seite diejenigen haben, die auf die Uni gehen, und auf der anderen Seite diejenigen, die in eine duale Berufsausbildung gehen. Zum Glück ist es auch jetzt so, dass ganz viele junge Menschen mit entsprechenden Schulabschlüssen in der dualen Berufsausbildung landen, sich weiterqualifizieren, vielleicht später noch ein Studium anschließen. Der Ansatz ist richtig, gut qualifizierte Jugendliche für die duale Berufsausbildung zu begeistern. Das wird uns aber nicht dadurch gelingen, dass wir den Druck erhöhen und Jugendliche vom Studium abhalten, sondern dadurch, dass wir die Attraktivität der dualen Berufsausbildung erhöhen. Dazu gehören Tarifbindung, Aufstiegsmöglichkeiten, Doppelqualifikationen. Da haben wir einen ganzen Instrumentenkasten, über den wir im Prinzip auch nicht mehr streiten. Da sitzen die Sozialpartner und Kammern eigentlich gemeinsam dran und sagen: Ja, das ist ein gemeinsames Instrument, das wir ausbauen wollen, wo wir eine gute Möglichkeit sehen, leistungsfähige Jugendliche in die duale Berufsausbildung zu bekommen.

Zu „KAoA“ und zu der Kritik daran auch im Rahmen unserer Veranstaltung. Ich sehe zwei Probleme:

Zum einen glaube ich, dass es ein Fehler gewesen ist, dass bei „KAoA“ Instrumente genommen wurden, die im Wesentlichen aus der Benachteiligtenförderung gekommen sind. Die Gelder hat man umgelegt, aber man hat nicht viel draufgelegt. Wir müssen

uns im Prinzip im Vorfeld Gedanken machen: Wie sind die einzelnen Standardelemente ausgeprägt? Sind sie ausreichend angesichts der Ziele, die wir definiert haben? Dann müssen wir natürlich auch die entsprechenden Finanzen zur Verfügung stellen. Und was die Qualität anbelangt, gibt es in einzelnen Bereichen durchaus Nachbesserungsbedarf.

Der zweite Fehler, den ich sehe – Herr Oehme hat es eben angesprochen –: In der Frage „Übergangssystem insgesamt“ sind wir nicht richtig weitergekommen. Der Ansatzpunkt war am Anfang der Diskussion eigentlich, dass wir ins Übergangssystem reinschneiden, freiwerdende Mittel nutzen, um beispielsweise den Übergang in der Ausbildung besser zu gestalten. – Das haben wir nicht gemacht. Wir haben uns entschieden für die – der Begriff stammt von Herrn Roggemann – nachfrageinduzierte Angebotsreduzierung. Das heißt, gut qualifizierte Jugendliche gehen in Ausbildung, von denen soll keiner in das Übergangssystem gehen. Und aufgrund der geringeren Nachfrage reduzieren sich die Ausgaben für den Übergang. – Das hat so eindeutig nicht funktioniert.

Wenn ich die Leute in der Arbeitsagentur frage: „Jetzt ist ein Jugendlicher da, der ist anerkannt ausbildungsreif, interessiert sich für einen ganz bestimmten Beruf, bekommt kein Angebot, was macht ihr mit dem, wie geht es da weiter?“, sagen die mir: Dann müssen wir mal gucken, ob wir nicht eine BvB, eine EQ-Maßnahme oder so etwas anbieten können. – Damit beißt sich die Katze in den Schwanz! Damit habe ich nichts gewonnen! Dieses aufgeblähte Übergangssystem ist nach unserer Auffassung bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht reduziert.

Assistierte Ausbildung – das ist gerade gesagt worden –: Als theoretisches Modell ist das vielleicht sehr gut. Wir müssen eine Zeitlang abwarten, ob sich das etabliert. Gerade bei Klein- und Kleinstbetrieben ist das schwierig. Ich kenne selber jemanden, der ein Garten- und Landschaftsbauunternehmen hat und sagt: Glaubt ihr denn, ich habe Lust, mir einen in den Laden reinzusetzen, der mir anschließend erzählt, was ich alles falsch mache? Dazu habe ich keine Lust! – So etwas kommt immer wieder auf, ist als Idee gut. Wir müssen es einfach mal abwarten.

Zur Klassengröße hat der Kollege Oehme eben schon etwas gesagt.

Mobilität ist ein Thema, zugegebenermaßen. Wir haben das Problem in bestimmten Teilbereichen, auch Diskussionen, seit 1996. Wir haben selber im Hochsauerlandkreis eine Unterkunft für Jugendliche organisiert. Es ist unglaublich schwierig. Man muss die Situation der Jugendlichen sehen: Viele haben einen Migrationshintergrund. Wenn es dann noch junge Frauen sind, wird die Situation ganz schwierig. Es ist also nicht so einfach, zu sagen: Wir mieten eine Unterkunft an, sorgen für eine Betreuung, dann klappt das. – In der Regel gilt, je höher qualifiziert die Jugendlichen sind, je näher der Beruf am Wunschberuf ist, umso größer ist die Bereitschaft zu wechseln. Für sehr junge Jugendliche mit Migrationshintergrund, möglicherweise auch noch mit bestimmten Problemen, ist die Situation ausgesprochen schwierig. Entweder kommt die Ausbildung zu ihnen, oder sie verbleiben ohne Ausbildung. Das muss ich leider so hart formulieren.

Vorsitzender Günter Garbrecht: Herzlichen Dank, Herr Dr. Janßen, Herr Oehme, Frau Tiemann und Herr Wichmann, dass Sie uns hier zur Verfügung standen. Ich glaube, die Erkenntnisse, die wir insgesamt gesammelt haben, waren ganz produktiv. Dafür noch mal herzlichen Dank!

Wir sind am Ende der Anhörung. Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Günter Garbrecht
Vorsitzender

Anlage

02.05.2016/04.05.2016

215

Stand: 13. April 2016

Anhörung
des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
am Montag, 18. April 2016, 15.30 Uhr, Raum E1 - D 05

Thema: "**Wirtschaft in der Ausbildung unterstützen statt immer mehr belasten -
Keine Ausbildungsabgabe und keine Quote für abgeschlossene Lehrverträge!**"

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 16/7780

Tableau

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
DGB Nordrhein-Westfalen Norbert Wichmann Düsseldorf	Norbert Wichmann	---
IHK NRW - Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e. V. Präsident Ralf Kersting Düsseldorf	Sophia Tiemann	16/3703
Handwerkskammertag NRW Präsident Willy Hesse Düsseldorf	Andreas Oehme	angekündigt
Horst-Werner Maier-Hunke Arbeitgeberverband Landesvereinigung der Unternehmensver- bände Nordrhein-Westfalen e.V. Düsseldorf	Dr. Peter Janßen	16/3693
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen Köln	<i>keine Teilnahme</i>	16/3696

* * *